

Zeitschrift: Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur
Herausgeber: Genossenschaft zur Herausgabe der Schweizerischen Monatshefte
Band: 3 (1923-1924)
Heft: 2

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

da waren und die überzeugen müssen, weil sie wahr sind. In jener letzten Beschwörung, mit welcher Marie um die Liebe des neugewonnenen und wieder ins Schwanken geratenen Geliebten ringt, liegt eine Wucht der Wahrheit, der kein fühlender Zuschauer widerstehen kann:

„Lueg do, i fallen uf d'Chneu vor dr, no nie vor eme Möntsch, nid emol vorem Herrgott. Schlächt bini und du en Häilige, aber wäge dyne, nume wäge dyne, wäge wessen ächt just? Säg mr alli Schand, i ghöre's jo gärn, wenn's vo dir chunt. Gim'mr Schleg, gim'mr d'Kuete, du bist jo myn Vatter! Mach mit mr was d'witt, was dr d'Wuet oder d'Liebi hgit, i wil mi nid wehre, i wil mi nid verrode — wenn i nume darf doinne blybe, im hindersten Eggeli, wenn di nume darf aluege! Röbi, du myn Trost und myn Läbe, du Gruete, du Liebe, du Häilige, du Richter und Herrgott, du Böse, du Böse — du! — Röbi!“

Wäre dieses Drama nicht durch seine Mundart von allen großen Bühnen ausgeschlossen — sie würden sich, oder dürften sich wenigstens darum reißen. So aber ist dem armen Dichter, weil er nur ein Schweizer war und seiner Heimat bis in die Kunstform seines Werkes treu bleiben wollte, der Ruhm versagt.

Groß und edel, wie er dachte, wird er auch dieses Schicksal, das er voraussah, nicht schwer genommen haben.

Politische Rundschau

Schweizerische Umschau.

Daß Demokratien, die dermaßen von nationalem Geiste erfüllt sind wie die westlichen, wie vor allem die französische Demokratie, im Früh Sommer 1919 keinen Frieden abschließen konnten, der von einem Waffenstillstand sich wesentlich unterscheidet, daraus ist weder Völkern noch Staatsmännern ein Vorwurf zu machen. Die Demokratie der Großmächte ist etwas ganz anderes als die unschuldsvolle Volksherrschaft an den Ufern des Bierwaldstättersees. In England und in Frankreich regiert nicht das sogenannte Volk, sondern eine Oligarchie, die, wenig gehindert durch das Staatsoberhaupt, die eigene Macht, den eigenen Reichtum und das eigene Wohlergehen mit dem Staate und dessen Schicksal verknüpft, mit den Mitteln des Staates verteidigt und verfolgt. Und stets ist diese Oligarchie geneigt, aus ihrem Schoze einen Cäsar emporsteigen zu lassen, der als solcher Todfeind sein muß jeder legitimen, auf Ständen beruhenden Monarchie. Nicht Abstammung noch Tradition berechtigt zur Teilnahme am Regiment, jeder Tüchtige kann zu den Oligarchen emporsteigen, wenn er versteht, über die notwendige materielle Macht zu verfügen. Die innere Geschlossenheit dieser Oligarchie ist gesichert durch die innere Geschlossenheit des Volkstums überhaupt, dem sie entsprang, aus dem sie sich losgelöst hatte. Als Untergrund kann dieser Oligarchie nur dienen eine nationale Masse, und sie kann nur entstehen nach Zerstörung der alten Stände oder der natürlichen Ständeordnung: in Frankreich ist der Adel zerstört, in England das Bauerntum. Diese Oligarchie, nichts anderes ist die moderne Demokratie, kennt heute noch keine über die Scheidewände der Nationen reichende Gemeinschaft. Für sie gibt es Zweckverbände der Oligarchien, resp. der durch sie

vertretenen Nationen, aber keine gesellschaftlichen, keine sozialen Verknüpfungen, die die Konkurrenten vereinigt. Konkurrenten können sich vorübergehend vereinigen, um einen Dritten zu vernichten; damit wird die Möglichkeit, daß sie selbst eines Tages übereinander herfallen, nicht aus der Welt geschafft. Eine internationale Gemeinschaft, eine europäische Gesellschaft, wie die des alten feudalen Europa vor 1789 und um 1815 war, können wir heute nicht mehr feststellen. Der Frieden von 1815 war in Tat und Wahrheit der letzte europäische Friedensschluß, der von einer europäischen Gesellschaft, der von bewußten Europäern gegen die Nationen abgeschlossen wurde. Metternich gelang es damals, eine konservative Internationale herzustellen, ein europäisches Konzert, in der das niedergeworfene Frankreich ein wichtiger Mitspieler wurde von dem Moment an, als es sich mit seinem legitimen Bourbon an der Spitze dieser konservativen Internationale anschloß, — mit seinen Marquis, Baronen und Priestern. Dieser Frieden von 1815 ist deshalb interessant, als es damals gelang, mit der Weisheit der Alten einen nationalen Krieg so zu liquidieren, als ob es sich um einen Erbfolgekrieg aus dem Jahre 1710 handeln würde!

Wohl hatten ums Jahr 1815 zwei Völker das nationale Fieber erlebt, hatten erlebt, daß der Wille des politisch wachen Volksteiles, einer Masse, Kriege gewinnt und Könige zwingt, wohl hatten zwei Völker mit ihrem Blut ihren Staat gerettet und mächtig ausgestaltet; das eine hatte eine nationale Erneuerung, eine Demokratisierung, erlebt und durchgeführt auf Grundlage der alten Stände, durch Emanzipation des städtischen Bürgertums, das andere, das hatte die alten Stände verjagt gehabt und einem Cäsar gehuldigt. Aber wenn dem Werk der alten weisen Gesellschaft von 1815 auch der preußische Offizier aus der Armee Blüchers — der deutsch-national empfand —, und der französische Chaubin, war er nun Bonapartist oder Republikaner, grollend gegenüber standen, so war dieses Werk konservativer Staatskunst doch so klug den Bedürfnissen der müden Völker, der müden Massen, der müden Gesellschaft angepaßt, schonte es so sehr die Empfindlichkeit der Besiegten, war es so anspruchslos in seinen Anforderungen auf Wiedergutmachungen, daß es seinen Urhebern damit gelang, in Europa einen wirklichen Friedenszustand herzustellen.

Der Friede, den 1919 die westlichen Demokratien mit der deutschen Republik abschlossen, nachdem sie mit Hilfe der Parteien des Auslandes, die in Deutschland, dem Volkscharakter gemäß, sehr stark waren, die nationale Monarchie zerschlagen hatten, war nichts anderes als der Versuch der dauernden Vernichtung Deutschlands. Gleich muß bemerkt werden, daß ja sicherlich nicht alle Unterzeichner des Versailler-Vertrages die Vernichtung Deutschlands wollten, aber der Vertrag, wie er das Licht der Welt erblickte, ist das Werk der überlegenen französischen Diplomatie. Zwar war schon im Momente des Friedensschlusses der Zweckverband der siegreichen Demokratien innerlich zerfallen, aber England mußte, als Macht mit lebenswichtigen afrikanischen, asiatischen und australischen Interessen die Durchführung des Vertrages von Versailles in Europa Frankreich überlassen und sich darauf beschränken, den Franzosen so viel Steine als möglich in den Weg zu legen. Mit der Errichtung des einer echt angelsächsischen Idee entspringenden Völkerbundes gedachten die Gegenspieler Frankreichs in Versailles eine konservative Institution zu schaffen im Sinne der Biegelung der kontinentalen Vormacht, als welche Frankreich aus dem Kriege hervorgegangen war. Aber dieser Völkerbund war nach dem Ausscheiden der zweiten angelsächsischen Demokratie von so ausgesprochen kontinentaler Bedeutung, daß er seit Gründung nichts anderes tun konnte, als den Willen Frankreichs erfüllen. Er hat Oberschlesien nach einem Schiedsspruch so geteilt, daß Paris zufrieden war, er verwaltet Danzig und das Saarland im Auftrage Polens und Frankreichs unter dem Schutze der diesbezüglichen Bajonette, er gab sich dazu her, das Selbstbestimmungsrecht der Völker zu unterdrücken, und es warten seiner noch einige andere Aufgaben, wo er den Vertrag von Versailles gegen die nationale Freiheit und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen verteidigen und durchsetzen muß.

Heute ist es offenkundig, daß der Versailler Friede nichts anderes ist, denn ein Waffenstillstand — wie etwa der Tilsitervertrag von 1807: Der Vertrag wird

erfüllt, so lange der aus dem Vertrage Verpflichtete vom Berechtigten mit dem Schwert in der Hand gezwungen werden kann, ihn zu erfüllen. Und der passive Widerstand an der Ruhr ist der erste bewußte Widerstand, der, obwohl noch im Rahmen des Vertrages geleistet, doch dem Vertrage selbst und der Herrschaft Frankreichs auf dem Kontinent gilt.

Als im Jahre 1815 die konservativen Mächte, darunter auch das besiegte Frankreich, die heilige Allianz schlossen, da hielt sich die durch die Waffen der damaligen Alliierten in die frühere völkerrechtliche Stellung wieder eingesetzte Schweiz fern, trotzdem fast alle damaligen Regenten und die Mehrheit des Volkes die Ziele der heiligen Allianz, den Frieden Europas und die Legitimität vor Krieg, nationalistischem Fieber und Revolution zu sichern durch die Wiederherstellung des europäischen Gleichgewichtes und der Einsetzung Österreichs in die Stellung eines europäischen Gendarmen, aufrichtig billigten. Aber die damaligen schweizerischen Staatsmänner hatten die Jahre enger Bündnisse und Verbindungen mit dem Auslande hinter sich; sie waren misstrauisch, ohne Illusionen, kalte Rechner und kluge Weltleute. Sie billigten die Ziele der Allianz mit lauten Worten, ein überschwenglicher Tagssatzungsbeschluß dankte den Herrschern Europas für ihr Werk des Friedens. Aber die damalige Schweiz hütete sich wohl, der Allianz beizutreten — ihre Regenten kannten die Welt und sie kannten die Geschichte. Sie erinnerten sich daran, daß der Jakobinismus mit dem Säbel in der Hand den Anspruch erhoben hatte, den Frieden zu bringen, daß der Korse ein Reich aufzurichten versprochen hatte, in dessen Grenzen ewiger Friede herrschen sollte, — und sie bedachtet das Ende. Sie freuten sich der Ruhe des Friedens, sie blieben sich aber der Tatsache bewußt, daß auf dieser Erde Friedenszustand nur eine Unterbrechung des Kriegszustandes ist. Sie waren sich der außerordentlichen politischen Lage der Schweiz bewußt, die aus innerpolitischen und geographischen Gründen die Neutralität als erstes Prinzip verlangt.

Die Schweiz vom Jahre 1920 hat die Erfahrungen und die Lehren von Jahrhunderten in den Wind geschlagen. Sie bewies damit, wie durch die vergangenen Jahrzehnte der Industrialisierung und Materialisierung Tradition und System der Politik verloren gegangen waren, es fehlte ihr an Staatsmännern, sie war regiert von Kleinbürgern, die aus der Geschichte nichts lernen wollten, die die alten Lehren der Diplomatie nicht mehr beachteten. Bei einem zukünftigen europäischen Konflikt wird die Eidgenossenschaft große Mühe haben, neutral bleiben zu können, wenn sie auch noch von ihrer Neutralität spricht, als ob eine solche im Völkerbund möglich wäre. Auch wenn sich gegen die französische Präponderanz in der Société des Nations eine Opposition konstituierte, so wäre noch zu untersuchen, ob die Schweiz es sich gestatten könnte, aus militärgeographischen und wirtschaftlichen Gründen, innerhalb des Völkerbundes einer solchen Koalition gegen Frankreich beizutreten; denn diese Koalition müßte zuletzt den Völkerbund sprengen und das Ende wäre ein Krieg, in dem die Schweiz nicht neutral bleiben könnte.

Der Schritt vom 16. Mai 1920 läßt sich nach der Ansicht des Schreibers dieser Zeilen zurzeit nicht zurückmachen. Ob dies einmal möglich ist, scheint sehr fraglich. Tiefer Pessimismus erfüllt den Freund des Vaterlandes, wenn er an den nächsten Zusammenstoß in Europa denkt, denn es gibt nur zwei Möglichkeiten, zu einem Frieden zu gelangen, der mehr ist als ein Waffenstillstand: Die vollständige Zerstörung der deutschen Macht oder den Krieg gegen Frankreich, der von einer neuen Koalition geführt wird, und der das Ziel hat, Frankreich innert die Grenzen des Jahres 1871 zurückzuwerfen. Diese Koalition wird nur möglich sein, wenn die asiatische Macht Russland noch einmal in Westeuropa erscheint, um das europäische Gleichgewicht herzustellen. Da die vollständige Zerstörung der deutschen Macht nicht im Interesse der freien Schweiz liegen kann, so wird die Aufrechterhaltung der Neutralität im Völkerbund ein sehr schweres aber notwendiges Stück Arbeit sein. Es wäre der Schweiz leichter, die kommenden Stürme außerhalb des Völkerbundes zu erwarten, denn man will diesen mit den Waffen in der Hand gegen die Heere der Freiheit um keinen Preis verteidigen helfen!

Bei einem kleinen Staate, wie die Schweiz, der keine nationalen Aspirationen hat, die außerhalb seiner Grenzen liegen, bedarf es schon einer äußeren Gefahr, um das Prinzip der äußeren Politik herzustellen. Wirkliche Bedrohung der nationalen Wirtschaft von außen hat die Schweiz dazu vermocht, im Widerspruch zur sogenannten Weltanschauung ihrer heute noch regierenden liberalen Partei, den Schutz der nationalen Produktion als Postulat der innern Politik aufzustellen. Die scharfe Ausprägung der nationalen politischen Gegenstafe ist mit einer ebenso starken Ausprägung der nationalen Wirtschaften verbunden. Nun kann allen Ernstes die Frage aufgeworfen werden, ob das schweizerische Wirtschaftsgebiet für eine solche Politik nicht zu klein und organisch ungeeignet sei. Damit wäre aber auch die Frage der Existenzberechtigung der Schweiz aufgeworfen, d. h. der Anschluß der Schweiz an ein wirtschaftliches Hinterland wäre dann nur eine Frage der Zeit. Wenn diese Frage nach der Existenzberechtigung unseres Landes mit Entrüstung zurückgewiesen wird, so soll man die Konsequenzen ziehen, und das Schweizervolk hat dies getan. Am 15. April hat es sich für den Schutz der nationalen Wirtschaft entschlossen. Für diesen Schutz hat es sich allerdings schon im Jahre 1902 halbwegs entschieden; damals mußte ein Generalzolltarif, der von den Freihändlern mit Behemen bekämpft wurde, in einer Volksabstimmung durchgesetzt werden. Aber diesmal, bei der Verwerfung der Bolltarifinitiative, ist die Mehrheit, die für den Schutz sich aussprach, unvergleichlich größer als vor 21 Jahren. Die Bolltarifinitiative sollte den Gebrauchszaoll von 1921, der eine starke Waffe des Schutzes für alle Gewerbe und Industrien bedeutet, die für das Inland arbeiten, namentlich aber für die wirtschaftlich notleidende Landwirtschaft, beseitigen und dem Volke das Recht geben, über seine Zollpolitik auch in Zeiten der Krise und der Not selbst zu bestimmen und zwar auf Grund der Freihandelsdoktrin. Das Volk wollte von dieser Erweiterung seiner Rechte nichts wissen. Mit 462,340 Nein gegen 169,970 Ja und mit allen Standesstimmen gegen diejenige von Baselstadt verwarf das Volk die Partialrevision der Bundesverfassung, wie sie von den doktrinären Freihändlern und den doktrinären Demokraten verlangt wurde. Es ist Pflicht, auch wirtschaftlich dem europäischen Kriegszustand sich anzupassen. Immer mehr tritt in Erscheinung, wie die äußere Politik auf Verfassung, Gesetzgebung, Verwaltung, auf die gesamte innere Politik den Stempel drückt, ihre Richtung und ihr Tempo bestimmt. Dazwischen wir aber heute noch nichts davon verspüren, daß sich unsere Diplomatie von der Phrasologie und Ideologie der Vorfriegszeit losgelöst hat, das ist, neben einem verständlichen Bewußtsein der materiellen Schwäche, die allerdings durch die Entschlossenheit eines Volkes repariert werden könnte, die Folge eines Denkfehlers, in den gerade die Demokraten und Liberalen in deutschen Ländern gern verfallen, die sich eher auf eine sogenannte Macht der Ideen verlassen, als daß sie die Macht der Tatsachen anerkennen als einzige, die diesen Namen verdient.

* * *

In der Frage der Genfer Zonen sind wiederum einige Noten zwischen dem Bundesrat und der französischen Regierung gewechselt worden, über deren Inhalt wir nichts wissen. Interessant ist, hier eine Auffassung festzuhalten, die die Neue Helvetische Gesellschaft, die bekanntlich seinerzeit das Zonenabkommen ebenfalls zur Ablehnung empfahl, in einer Resolution ihrer Delegiertenversammlung vom 15. April kundgibt. Sie erklärt u. a.

1. „Der Bundesrat möge bei neuen Unterhandlungen in der Zonenfrage unter Berücksichtigung der durch die Note vom 5. Mai 1919 eingegangenen Verpflichtungen die Rechte der Schweiz auf die kleinen Zonen im vollen Umfange aufrecht erhalten, gemäß dem am 18. Februar 1923 deutlich ausgesprochenen Willen des Schweizervolkes.“

Die Note vom 5. Mai 1919 betrifft den Artikel 435 des Versailler Vertrages und ist als dessen Annex 1 in den Vertrag aufgenommen worden. In dieser Note

stimmte der Bundesrat im allgemeinen dem Artikel 435 zu, unter Vorbehalt, daß die eidgenössischen Räte ratifizieren. Diese Zustimmung des Bundesrates und auch die Ratifikation durch die Räte unterliegen nach heutigem Staatsrecht dem Referendum. Es ist nicht leicht verständlich, wieso die Neue Helvetische Gesellschaft dazu kommt, von eingegangenen Verpflichtungen zu reden; der Bundesrat konnte die eidgenössischen Räte nach damaligem und das souveräne Volk nach heutigem schweizerischem Staatsrecht gar nicht verpflichten, in keiner Weise binden. Bis heute liegt eine Verpflichtung der Räte oder des Volkes hinsichtlich des Artikels 435 des Versailler Vertrages nicht vor.

An dieser Stelle wurde stets der konsequenten Politik hinsichtlich der Savoyerfragen das Wort geredet. Es ist deshalb erfreulich, daß langsam die ursprünglichen Frontlinien sich abdecken, in die die politische Schweiz hinsichtlich der äußeren Politik seit Kriegsende eingeschwenkt ist. Der Auffassung, daß der Artikel 435 des Versailler Vertrages uns nicht bindet, ist erst noch zum Durchbruch zu verhelfen. Die Neue Helvetische Gesellschaft und mit ihr ein Großteil der schweizerischen Politiker sind der Meinung, daß hinsichtlich dieses Artikels schweizerische Verpflichtungen vorliegen oder mindestens schweizerische Verpflichtungen anerkannt werden müssen. Diese Auffassung ist die Konsequenz aus der grundsätzlichen Stellung dieser Organisation und dieser Persönlichkeiten zum Völkerbund.

Der Völkisch und für die Unabhängigkeit der Schweiz wird wahrscheinlich, es darf allerdings einem Beschlüsse dieser Vereinigung nicht vorgegriffen werden, in bezug auf das ganze Problem des Artikels 435 des Versailler Vertrages und seiner Beziehung zur Schweiz eine grundsätzlich andere Auffassung vertreten, als diejenigen, die seinerzeit für den Beitritt der Schweiz zum Völkerbund sich in die Schanze schlugen.

* * *

„Unser Leben gleicht der Reise eines Wanderers in der Nacht.“ Auch das Leben eines Volkes. Wir wissen nicht, wohin wir gehen, was uns der Tag bringt. Was sind Theorien und Lehrmeinungen vor dem Schicksal? Die handelnden Menschen mit ihren Leidenschaften, Traditionen, das Erbe der Väter, der Wille zum Leben, das alles formt das Geschehen zur Geschichte.

Und wenn wir heute, wie der Landmann der schweizerischen Hochebene, den Blick nach Westen richten, nach der Wetterrede, wenn wir die Wetterseite unseres Hauses recht fest und ausdauernd machen wollen, so ist dies begründet nicht nur durch Erfahrungen der Gegenwart, sondern auch durch die eindringlichen Lehren der Geschichte, durch das Erleben vergangener Geschlechter, so bedeutet unser Tun und Lassen nichts anderes denn Gehorsam gegenüber der Stimme des Blutes.

* * *

Am 23. April mittags starb in Bern, fast 74 Jahre alt, Prof. Dr. Eugen Huber, der Schöpfer des schweizerischen Zivilgesetzbuches.

Es soll einer Würdigung des Juristen und Gesetzgebungspositivlers, des großen Lehrers und gütigen Menschen, nicht vorgegriffen werden. Was Huber geleistet hat für die Wissenschaft durch die Geschichte seines schweizerischen Privatrechtes, das wurde ergänzt durch seine Schöpfung des neuen schweizerischen Privatrechtes. Einheit des Rechtes und Einheit der Armee war der Wahrspruch der Männer, die die Schweiz schaffen wollten. Eine Armee haben wir jetzt, das Privatrecht ist ebenfalls vereinheitlicht, hoffen wir, daß unsere Zeit die Kraft aufbringt, das Werk zu vollenden, das aus den schweizerischen Völkern die schweizerische Nation schmiedet. Die Vereinheitlichung des Privatrechtes war das letzte große Werk der liberalen Epoche. Sein Schöpfer war der Verstorbene.

Zürich, den 24. April 1923.

Hans Böpfli.

Zur politischen Lage.

In Lausanne ist dieser Tage die Konferenz, die den Frieden zwischen der Türkei und den Hauptmächten der ehemaligen Entente herstellen soll, nach Unterbruch einiger Monate, wieder eröffnet worden. Die Wurzeln dessen, was in Lausanne zur Verhandlung steht, reichen bis in die ersten Jahre des Weltkrieges zurück, als die Hauptmächte der Entente sich gegenseitig in Geheimverträgen ihre Kriegsziele, zu denen auch die völlige Aufteilung der Türkei gehörte, gewährleisteten. Bekanntlich war Amerika unter Wilsons Führung im Frühjahr 1917 in den Krieg eingetreten ohne irgendwelches Wissen um diese Geheimverträge und infolgedessen ohne seinerseits irgendwelche Gewähr zu besitzen, daß es bei Kriegsende seine Kriegsziele, die zum Teil in direktem Widerspruch mit dem Inhalt dieser Geheimverträge standen, zu verwirklichen vermöchte. Wilson, schon an und für sich ohne staatsmännische Fähigkeit und diplomatische Schöpfung, war denn auch auf der Pariser Friedenskonferenz, nachdem das amerikanische Kriegs- und Soldatenmaterial den Gegner Englands und Frankreichs hatte zerschmettern und ihn als Machtfaktor ausschalten helfen, völlig der Willkür der siegreichen europäischen Großmächte ausgeliefert. Und als er mit dem Ergebnis seiner Pariser Tätigkeit — einem Friedensvertrag, der in Nachfolgung der unter den Alliierten geschlossenen Geheimverträge in vielen Punkten lebenswichtige amerikanische Interessen verletzte, und einem Völkerbund, der gerade diejenigen Punkte, die Amerikas Weltstellung aufrichten helfen sollten und um deretwillen Amerika überhaupt einen „Völkerbund“ anstrehte, nicht verwirklichte — nach Hause kehrte, wurde er, wie kaum je ein Staatsmann vor ihm, von seinem Volke verworfen.

Der frühere Sonderkommissar des amerikanischen Staatsdepartements und Vorsitzende des amerikanischen Pressekomitees auf der Pariser Friedenskonferenz, R. St. Baker, hat es nun unternommen, in einem dreibändigen Werk: *Woodrow Wilson, Mémoires und Dokumente* (*), dessen I. Band bisher erschienen ist, eine Ehrenrettung Wilsons und des Versailler Völkerbundes zu schreiben. An dem Urteil über Wilson und an der Lebens- und Wirkensunfähigkeit des Versailler Völkerbundes wird dadurch kaum etwas geändert werden. Dagegen ist schon der erschienene I. Band eine wertvolle Ergänzung zu den von ehemaligen Staatsmännern der verschiedenen Mächte zu den verschiedensten Zwecken veröffentlichten Schriften über die Pariser Friedenskonferenz und den Versailler Vertrag (Keynes, Die wirtschaftlichen Folgen des Versailler Vertrages; Lansing, Die Versailler Friedensverhandlungen; Tardieu, La Paix; Nitti, Das friedlose Europa). Besonders wertvoll wird der in Aussicht gestellte III. Band sein, der nur Dokumente enthalten soll. Grundsätzlich neue Gesichtspunkte gegenüber denjenigen, die man aus Tardieus Buch gewinnen konnte, das ja auch schon Auszüge der bedeutendsten Stellen der Protokolle des Zehner- und des Viererrates brachte, ergeben sich zwar aus dem Bakerschen Buch nicht. Sein Wert wird in erster Linie in der Vollständigkeit des dokumentarischen Materials bestehen. Viel wichtiger und interessanter — denn darüber ist noch sehr wenig Authentisches bekannt — wäre eigentlich eine Darstellung und dokumentarische Belegung der Gründe und Überlegungen, die Wilson und Amerika zum Kriegseintritt bestimmt haben. Denn der Schlüssel zu Wilsons Versagen und Amerikas Niederlage auf der Pariser Friedenskonferenz liegt — abgesehen von der persönlichen Unfähigkeit Wilsons zum staatsmännischen Beruf („man darf nicht vergessen, daß Präsident Wilson in seinem ganzen früheren Leben ein Gelehrter und Bücherwurm und kein Politiker war“, schreibt Baker) — in dem vorbehaltlosen Beitritt Amerikas.

Einer der wesentlichsten Nachteile, der Amerika aus dem Versailler Vertrag entstand und der nur die Verwirklichung des zwischen England und Frankreich einerseits und Japan anderseits Anfang 1917 abgeschlossenen Geheimabkommens über die Aufteilung des deutschen Besitzes in Ostasien und im pazifischen Ozean war — die deutsche Schantungskonzeßion zusammen mit allen deutschen Inseln

*) In deutscher Übersetzung bei Paul List, Leipzig.

nördlich des Äquators an Japan, die deutschen Inseln südlich des Äquators an England — wurde auf der Washingtoner Konferenz im Herbst und Winter 21 dadurch weggeräumt, daß Japan auf den Besitz der Schantungskonzeßion verzichten und die Verpflichtung, die übernommenen deutschen Inselgruppen nicht zu befestigen, eingehen mußte. Die Schantungshalbinsel mit ihren reichen Bodenschätzen gelangte politisch wieder in den Besitz Chinas. Amerika wurde dadurch, daß es Japan politisch aus dem chinesischen Gebiet der Schantungshalbinsel verdrängte und für China den Grundsatz der „offenen Türe“ durchsetzte, gewissermaßen zum „Befreier“ Chinas. Keine Großmacht durfte sich auf Grund politischer Abmachungen in China wirtschaftliche Vorteile sichern. Der Umfang der wirtschaftlichen Vorteile, die man aus einem andern Land ziehen darf, soll lediglich bestimmt werden durch die wirtschaftliche Macht, die man dazu aufzuwenden fähig ist. Das heißt freie Bahn dem stärksten Kapital. Politische Beherrschung (die sich notwendig auf militärische Machtmittel stützt) ist unzulässig. Die Völker müssen „frei“ sein — Selbstbestimmungsrecht —; aber auch militärisch wehrlos, damit sie sich des wirtschaftlichen Aufkaufs durch die stärkste Kapitalmacht nicht erwehren können. Das ist der Grundsatz, auf dem Amerika seine Weltstellung aufzubauen strebt.

Was Amerika auf der Washingtoner Konferenz hinsichtlich Chinas und der betreffenden Bestimmungen des Versailler Vertrags erfolgreich durchgesetzt hatte, versucht es heute hinsichtlich der Türkei und des entsprechenden Vertrages der Pariser Friedenskonferenz, des Sèvres-Vertrages. Auch die Türkei war, wie der deutsche Besitz in Ostasien, ohne Wissen und Zustimmung Amerikas zwischen den Alliierten in mehreren Geheimverträgen der Jahre 15 und 17 aufgeteilt worden. (Baker stellt diese wie alle übrigen ohne Amerikas Wissen geschlossenen Geheimverträge in seinem Buch sehr hübsch zusammen). Konstantinopel wird von England und Frankreich schon im Frühjahr 15 in einem Geheimabkommen Rußland „zugesprochen“. Rußland verpflichtet sich dafür zu einer wohlwollenden Haltung gegenüber Englands Aspirationen in Persien, Mesopotamien und Ägypten. Diesem Geheimabkommen folgten im Frühjahr 17 weitere zwischen Rußland und Frankreich — Aufteilung der nordasiatischen Türkei, Frankreich erhält Bizanz —, zwischen Frankreich und England — Aufteilung der südasiatischen Türkei, Frankreich erhält Syrien, England Mesopotamien. Im April 17 meldet auch Italien seinen Appetit an und erhält Smyrna und andere Gebiete.

Amerika war nun zwar nicht mit weniger gutem Appetit dem Krieg beigetreten. Aber als stärkste Kapitalmacht und gegenüber einer Kolonial bereits so gut wie vollständig aufgeteilten Welt hatte es Wilson mit seiner „neuen Ordnung“ und seinen „Punkten“ vorgeschnitten. Die Deutschland abzunehmenden Kolonialgebiete und die Türkei sollten Mandatgebiete des Völkerbundes werden, die zur polizeilichen Verwaltung irgendwelchen Kleinstaaten übergeben würden und in denen die Politik der offenen Türe volle Geltung haben sollte. Wo aber eine Großmacht Anspruch auf die Verwaltung, auf das Mandat eines bestimmten Gebietes erheben sollte oder bereits besaß, da mußten zum mindesten die Regierten ihre Zustimmung zu ihrer Regierung bekunden; das Selbstbestimmungsrecht der Völker mußte gewahrt bleiben. Die Auffstellung dieses Selbstbestimmungsrechtes durch Amerika ist wohl der schwerste Angriff, der jemals auf das englische Weltreich ausgeführt worden ist und der seine Folgen in der Zukunft mehr und mehr zeitigen wird.

Wilson aber erlitt mit seinem Völkerbund in Paris vollständig Schiffbruch. Nicht nur brachte dieser Amerika nicht die Entwaffnung Europas (die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht der europäischen Großmächte und damit ihre Wehrlosigkeit gegenüber dem amerikanischen Aufkauft); im Gegenteil, er wurde in ein Machtmittel des europäischen „Militarismus“ umgebogen und dessen rechte Hand. Und anstatt die Kriegsbeute durch Anwendung des von Amerika aufgeheckten Mandatsystems und durch Festsetzung des Grundsatzes der offenen Tür der wirtschaftlichen Eroberung seitens Amerikas aufzuschließen, wurde der Völkerbund der Deckmantel, unter dem die europäischen Großmächte die Beute gemäß den von ihnen getroffenen Geheimabkommen zu eigenen Händen nahmen.

Auf das Mandat über Armenien, das Amerika großmütig angeboten wurde und das Amerika zum politischen Gegner des türkischen Volkes machen sollte, hatte Amerika allen Grund zu verzichten. So war denn Amerika auch in Vorderasien gänzlich leer ausgegangen.

Heute scheint aber Amerika den Zeitpunkt für gekommen zu erachten, in Vorderasien zu seinem Vorteil zu sehen. Die Türken, als die ersten unter den von den Verträgen der Pariser Konferenz Betroffenen, haben den auf sie bezüglichen Vertrag mit der Waffe vernichtet. Wer sich selbst hilft, dem hilft Gott. In diesem Fall die reichen Amerikaner. Amerika hat gegen den Vertrag von Sèvres nie Einspruch erhoben. Es hat gewartet, bis die Türken ihn selbst zerstört und sich die Stellung eines vollberechtigten Verhandlungsgliedes erkämpft hatten. Auch jetzt in Lausanne nimmt Amerika nicht als Verhandelnder teil. Es schickt bloß einen „Beobachter“ mit dem Auftrag, den Konferenzmitgliedern den Standpunkt Amerikas bekannt zu geben, daß Amerika keine politischen Abmachungen über irgendwelche Gebiete der Türkei zulassen werde, die im Widerspruch zu einer Politik der offenen Türe stünden. Gleichzeitig trifft es mit der türkischen Regierung weittragende Abkommen wirtschaftlicher Natur, die die türkische Souveränität nirgends direkt berühren, die aber wohl der türkischen Regierung die dringend nötigen Barmittel verschaffen, damit sie den Befreiungskampf ihres Volkes von der englisch-französisch-italienischen Herrschaft siegreich zu Ende führen kann. (Amerika scheint damit in der Türkei eine ähnliche Rolle zu übernehmen, wie Deutschland sie vor dem Weltkrieg spielte.)

Im Januar dieses Jahres ist die Konferenz von Lausanne ergebnislos auseinander gegangen. Trotz großer Gegensätze zwischen England und Frankreich ist die Türkei mit ihren früheren Kriegsgegnern zu keinem Ende gekommen. Vielleicht werden jetzt England und Frankreich eher zum Nachgeben bereit sein, weil sie es nicht mit Amerika verderben wollen. Denn Amerika wird jetzt für die Türkei das Selbstbestimmungsrecht geltend machen. Die Bewohner Mesopotamiens werden befunden dürfen, ob ihnen die englische, die Shrier ob ihnen die französische Oberherrschaft beliebt oder nicht. Amerika hat nur das eine Interesse, daß möglichst alles ehemals türkische Gebiet wieder unter türkische, alles persische unter persische Oberhoheit gelangt, weil es dasselbe dann um so ungestörter auflaufen kann. Die Türken werden diese Gedankengänge längst erfaßt haben. Frankreich schickt General Weygand nach Shrien. Ob zur Vorbereitung eines gut aussehenden Rückzuges (wie bei Zilizien) oder wirklich zur Verteidigung, läßt sich noch nicht erkennen.

Anzunehmen aber ist, daß die bisher unlösbar scheinende Orientfrage unter diesen neuen Umständen einer baldigen Lösung entgegengesetzt. Zu den Leidtragenden wird dabei Frankreich gehören. Schreitet es aber zum Abbau seiner Politik im Orient, dann bekommt es damit um so mehr Kräfte frei für seinen entscheidenden Kampf am Rhein. Der Hauptleidtragende aber wäre zweifellos England. Vorderasien, die Brücke zwischen Indien und Europa, ist ein lebenswichtiges Glied des englischen Weltreiches. Tatsächlich im Vorkriegsgebiet der Türkei eine Großmacht Fuß, die die Selbständigkeit der Türke gegen England unterstützt, dann fühlt sich England, genau wie vor dem Krieg durch Deutschlands Orientpolitik, in seinen Lebensinteressen bedroht. Wie und ob die Orientfrage in Lausanne „gelöst“ werden wird, steht noch nicht fest. Ihr Ausgang ist aber von größter Bedeutung. Je nachdem, ob auch England die Hände im Orient frei bekommt oder nicht, wird die Entscheidung in Europa ausfallen. Bleibt England gebunden und bekommt nur Frankreich die Hände frei, dann sind wir napoleonischen Zuständen auf dem europäischen Festland wieder ein Stück näher gekommen.

Wenn man von dem Fall der Türkei auf Mitteleuropa schließen wollte, dann würde Amerika Interesse an Mitteleuropa auch erst dann wieder nehmen, wenn die entsprechenden Verträge der Pariser Konferenz ebenfalls mit der Waffe oder sonstwie zerstört worden wären. Und die Lehre für die Gegenwart wäre dann, daß eigentlich alle Kraft der betroffenen Völker Europas auf die Tat, die zur Vernichtung dieser Verträge führt, gerichtet sein müßte. Viel-

leicht ist dem wirklich so! Oder dann mögen diejenigen, die immer noch von der Weltsolidarität reden, durch die einzige die europäische Kernfrage, die Rhein- und Ruhrfrage, gelöst werden könne, aufzeigen, wo diese Weltsolidarität besteht und wie dieser Völkerbund, an den zu glauben sie vorgeben, Europa aus seinem Glend, in das es durch die Urheber dieses selben Völkerbundes gestürzt worden ist, hinausführen kann. Und wenn sie das nicht vermögen, dann sollen sie endlich mit ihrem Geschwätz aufhören und die Einzelnen und die Völker und Staaten nicht davon abhalten, das Nötige zu tun.

Zürich, den 25. April 1923.

Hans Dohler.

Strömungen in der britischen Politik.

Lampricht schreibt in seiner deutschen Geschichte einmal: „In England wurde der große Staatsmann Heinrichs des Achten, Kardinal Wolsey, durch die Absichten Karls des Fünften zu einer Politik veranlaßt, die seitdem den Grundton für alle Beziehungen Englands zu den kontinentalen Mächten gebildet hat; er versuchte auf jede Weise, durch Vermittlung, wie durch Stärkung der kontinentalen Gegensätze, die Begründung einer universalen Macht zu verhindern.“ Mit andern Worten, die Erhaltung des Gleichgewichtes der Macht auf dem europäischen Festland ist seit mehreren Jahrhunderten das Leitmotiv der nationalen englischen Politik, und alle großen Kriege, die England in Europa führte, einschließlich den letzten, waren Gleichgewichtskriege. Das gleiche Leitmotiv, das England in die großen europäischen Kriege hineinzog, bestimmt dann auch jeweils seine Haltung in den Friedensunterhandlungen, die auf sie folgten. Sein Streben ist immer darauf gerichtet, den Sieger daran zu verhindern, die besiegte Macht völlig zu zerschmettern und positiv, ein so groß als mögliches Gleichgewicht der Macht herzustellen. Man denke nur an die Politik, welche Castlereagh und Canning nach den napoleonischen Kriegen dem besieгten Frankreich gegenüber befolgten. In den politisch denkenden Kreisen Englands setzt sich die Erkenntnis immer mehr durch, daß die gefährliche und zugleich demütigende Rolle, die England heute in der internationalen Politik spielt, in der Hauptsache darauf zurückzuführen ist, daß es auf der Pariser Friedenskonferenz von einem ersten Minister vertreten war, dessen völlige Unwissenheit in historischen Dingen notorisch ist und der von der historischen Aufgabe keine Ahnung hatte, die Englands leitendem Staatsmann auf einem europäischen Friedenskongreß obliegt. Wäre Lloyd George ein Canning gewesen, so hätte er Clemenceau nie geholfen, Deutschland einen punischen Frieden aufzuerlegen, sondern hätte gemeinsam mit Wilson energisch gegen eine wirtschaftliche und militärische Entmannung Deutschlands und die mit ihr gegebene unbestrittene militärische Suprematie Frankreichs gekämpft. Lloyd Georges Freunde nennen ihn gerne „the man who won the war“; vielleicht hat er aber mehr Anspruch darauf, der Mann genannt zu werden „who lost the peace“ — für England. Er brachte ja nicht wenig Beute aus Paris mit; England hat aber nicht um Beute gekämpft, und es muß sich heute sagen, daß es dank Lloyd George seinen größten Gleichgewichtskrieg nur führte, um an Stelle einer möglichen Hegemonie Deutschlands die tatsächliche Hegemonie Frankreichs zu setzen und zwar eine unbeschränktere, als sie Europa je sah.

Der ganze schwankende, unsichere, ungewisse Charakter der heutigen englischen Außenpolitik hat seine Wurzel in diesem radikalen, unglaublichen Fehler, den der welsche Politiker in Paris machte. Nach großen Kriegen zur Rettung des europäischen Gleichgewichtes war es immer Englands Gewohnheit, zu seiner normalen Haltung der Abwendung von Europa und der Konzentrierung auf sein eigenes, riesiges Reich zurückzuföhren, und diese gleichsam instinktive Tendenz machte sich auch nach dem letzten Krieg mit aller Macht geltend und wirkt auch heute weiter. Ihre volle Auswirkung wird aber durch den Versailler Vertrag unmöglich gemacht. England kann heute nicht zu der Politik zurückkehren, welche ihm nach der Herstellung des Gleichgewichtes der Macht durch einen großen Krieg traditionell ist, eben weil der auf ihn folgende Frieden keinerlei Gleichgewicht

hergestellt, sondern im Gegenteil alle Macht in die Wagschale Frankreichs geworfen hat, das sofort seine traditionelle Politik wieder aufnahm, sich in den Besitz der Rheinlande zu setzen und damit Deutschland wirtschaftlich und militärisch dauernd ohnmächtig zu halten. Gegen solche französischen Pläne hat aber England, woran mich kürzlich ein hochgestellter Engländer bedeutsam erinnerte, schon zwei oder drei große Koalitionskriege geführt, und, meinte er, „Marlborough, Wellington und Nelson sind noch heute Namen, die das englische Volk nicht vergessen hat“. Wie schnell Lloyd George den schweren Fehler bewußt erkannte, den er in Paris machte, mag dahin gestellt bleiben; es läßt sich aber nicht verkennen, daß die englische Politik unter seiner Leitung schnell nach dem Friedensschluß mit immer zunehmender Bestimmtheit beinahe instinktiv von dem Willen beherrscht war, das Werk des Versailler Vertrages ungeschehen zu machen und Deutschland zu erlauben, sich wiederherzustellen, und es ist sehr bedeutsam, daß sich auch die neue konservative Regierung Bonar Law von dieser Tendenz nicht losmachen konnte, obwohl sie die Wiederherstellung enger Freundschaft mit Frankreich zu einer ihrer Wahlparolen gemacht hatte.

Wenn diese Regierung sich dabei Frankreich gegenüber noch ohnmächtiger erwiesen hat als Lloyd Georges Regierung, welche Frankreich immerhin von dem Kuhreinfall abzuschrecken wußte, und wenn sie „eine wohlwollende Impotenz“ gleichsam zum Grundprinzip ihrer europäischen Politik gemacht hat, so beruht das sicher nicht nur auf der andern geistigen Einstellung ihres Führers, der als geborner Kanadier der „Los von Europa“-Richtung zugewandt ist, sondern noch mehr darauf, daß sich in dem neuen Kabinett infolge der innerpolitischen Ereignisse, die seiner Bildung vorausgingen, jene zwei Strömungen, welche heute die britische Außenpolitik beeinflussen, mehr als vorher das Gleichgewicht halten, nämlich die Strömung, die von dem traditionellen Impuls zur Isolierung und Zurückziehung aus den europäischen Dingen beherrscht wird, und die andere Strömung, welche die Überzeugung leitet, daß Frankreich im Begriff steht, auf dem europäischen Festland „eine universale Macht zu begründen“, daß das gegen britische Lebensinteressen verstößt und daß die britische Politik darauf aus sein muß, das zu verhindern. Die erste Richtung findet ihre Hauptstütze in den sogenannten „Diehards“, den konservativen alten Schläges, und einem großen Teil der politisch ungeschulten Massen und zwar besonders des Mittelstandes, die noch stark unter dem Einfluß der Kriegserinnerungen und der Kriegspropaganda stehen und deren Unwissenheit in allem, was die Kriegsursachen und die wirklichen Zustände in Deutschland und Frankreich angeht, gar nicht überschätzt werden kann. Wenn es nach diesen Leuten ginge, würde England die französische Ruhrpolitik aktiv unterstützen und seine eigene Sicherheit dadurch gewinnen, daß es zu allem, was Frankreich vorschlägt, „Oui, Oui“ sagte und ihm in Europa eine freie Hand gäbe. Daß diese Richtung mit ihrer Auffassung auch nur vorübergehend durchdringt — von dauernd ganz zu schweigen — scheint mir völlig ausgeschlossen; wohl aber kann sie den schließlich Sieg der andern Richtung verzögern und die ausgesprochene Aenderung in der Haltung des englischen Volkes Deutschland gegenüber, die während der letzten Monate eintrat, verlangsamen. Wenn aber die Leute, die Frankreich heute regieren, am Ruder bleiben, steht mir durchaus fest, daß England dann schließlich zu einer Politik aktiver Opposition gegen die französischen Hegemoniepläne übergehen wird und daß diese Opposition es zuletzt zu einem direkten Zusammensehn mit Deutschland führen wird, so sehr es sich sentimental heute noch dagegen sträuben mag.

Zwei Faktoren, die in erster Linie in dieser Richtung wirken werden, sind in den durchaus veränderten Bedingungen des modernen Lebens begründet, welche für England die traditionelle Rückkehr zur Isolierung auch ohne die schweren Fehler, die seine Politik in den Pariser Friedensunterhandlungen machte, sehr erschweren müßten. Alle großen Gleichgewichtskriege, der letzte eingeschlossen, welche England führte, endeten mit der Zerstörung der feindlichen Flotte und der Herstellung seiner unbestrittenen Seesuprematie. Während das aber in früheren Zeiten genügte, um England für eine längere Reihe von Jahren völlige Sicherheit zu gewähren und um ihm die Möglichkeit zu geben, sich ganz auf seine

eigenen Angelegenheiten zu konzentrieren, ist das nicht länger der Fall, da die Bezwigung der Luft durch die Menschen England seinen insularen Charakter genommen hat. Und während England bis nach den Napoleonischen Kriegen selbstgenügsam war und seine Bevölkerung zur Not auch ohne seinen Überseehandel kleiden und ernähren konnte, ist dieser Handel heute sein Lebensblut, ohne dessen freie Zirkulation Millionen seiner Bürger auswandern oder verhungern müßten und es selbst zu einem zweiten Holland würde. Es ist daher ein absolutes Lebensinteresse Englands, daß in Europa wieder gesunde und friedliche Verhältnisse geschaffen werden, und dieses Lebensinteresse wird seine Politik früher oder später unfehlbar in Opposition gegen jede Macht zwingen, deren Politik die Entwicklung solcher Verhältnisse stört.

Die Tatsachen, denen England in dieser Beziehung ins Gesicht sehen muß, sind die, daß sein Boden unter der besten Bearbeitung bei Erhaltung des heutigen Lebensstandard nur für die Erhaltung einer Bevölkerung von fünfzehn bis höchstens zwanzig Millionen ausreichen würde, daß es für die Ernährung und Kleidung der übrigen zwanzig Millionen darauf angewiesen ist, den Überschuß anderer Nationen durch Dienstleistungen oder durch seine industriellen Erzeugnisse zu erhalten und daß der Handel, durch den das geschieht, als Ganzes nur noch ungefähr zwei Drittel dessen ist, was er vor dem Kriege war, was in der Tatsache zum Ausdruck kommt, daß England seit drei Jahren nie unter ein ein Viertel Millionen Arbeitslose zählt, deren Erhaltung das Land langsam, aber sicher verarmt. Dem englischen Volk gehen aber immer mehr die Augen darüber auf, daß die Ursache dieser ganzen bedrohlichen Entwicklung darin liegt, daß der Versailler Friede Europa nicht Frieden brachte, sondern nur eine forschreitende Besetzung des ganzen internationalen Systems, das die Voraussetzung einer Blüte des britischen Handels war. Der bekannte englische Volkswirt, J. M. Keynes, machte kürzlich das Problem, das die britischen Staatsmänner zu lösen haben, wenn sie ihr Land vor sozialem Chaos bewahren wollen, durch folgende Ausführung anschaulich:

„Es genügt nicht, daß sich unser Handel bis zu dem Volum seiner Tätigkeit vor dem Krieg erholt — was gewöhnlich das Neuerste ist, was wir heute hoffen; er müßte ganz beträchtlich größer, annähernd 15 % größer sein als 1911, wenn wir nicht rückwärts gehen sollen. Viele Jahre lang werden jährlich ungefähr eine Viertel Million neuer Arbeiter mehr, als jährlich abgehen, in den Arbeitsmarkt kommen, ganz abgesehen davon, wie sich die Geburtenrate von nun ab gestalten mag. Um diese wachsende Arbeitermasse mit dem bisherigen Lebensstandard erhalten zu können, brauchen wir nicht nur wachsende Märkte, sondern auch eine wachsende Kapitalausstattung. Um unsern Kopf über dem Wasser zu halten, muß unser nationales Kapital ebenso schnell wachsen als die nationale Arbeitszufuhr, und das würde neue Ersparnisse in der Höhe von vier- bis fünfhundert Millionen Sterling jährlich erheischen.“

Man wird vielleicht einwenden, Englands wirtschaftliche Lage könne doch nicht so gefährlich sein; denn es sei unter allen europäischen Kriegsführenden das einzige Land, das sein Budget balanzierte und seine Ausgaben durch seine Einnahmen bestritt. Aber abgesehen davon, daß es das nur durch eine übermenschliche Anspannung der Besteuerung erreichte, die nach Ansicht aller Sachverständigen, nicht mehr lange fortgesetzt werden kann, war die Besteitung der Ausgaben durch die Einnahmen mehr scheinbar als wirklich. Während der vier Jahre vom April 1919 bis diesen April haben die britischen Staatsseinnahmen die Ausgaben allerdings um 122½ Millionen Sterling überstiegen, aber doch nur deshalb, weil die britische Regierung in derselben Zeit Kriegsvorräte, d. h. Kapital, im Wert von 600 Millionen Sterling veräußerte und den Erlös als Einkommen behandelte! Und was das Volk im Gegensatz zum Staat anbelangt, so hat man allen Grund zu der Annahme, daß es seit dem Krieg über seine Mittel hinaus lebte. Mr. Cramond, einer der ersten Sachverständigen Englands, zeigte in der „Times“, daß das britische Volk 1920, seinem besten Jahr seit dem Krieg, zwar

von seinem nationalen Einkommen sieben Prozent mehr als 1907 für Speise, Trank, Tabak und Kleider ausgab, daß dagegen der Prozentsatz, der der Erhaltung der bestehenden Eisenbahnen, Warenhäuser, Fabriken usw. und der Schöpfung neuer Kapitalanlagen im In- und Ausland gewidmet ist, von 23,7 % auf bloß 5,4 % zurückging!

Was die „Luftgefahr“ anbetrifft, so kann ich mich kurz fassen. Die Existenz der „Luftgefahr“ für England wird nicht bestritten; es wird zugegeben, daß Frankreich England in der Luft heute so überlegen ist, daß es innerhalb 24 Stunden nach der Kriegserklärung London in einen Trümmerhaufen verwandeln könnte; es wird zugegeben, daß die Franzosen auf der Basis der bestehenden Bauprogramme 1925 viermal so viele militärische Flugzeuge haben werden als die Engländer, und daß, wie der Minister es im Unterhaus ausdrückte, England jährlich 35 Millionen ausgeben müßte, wenn es seine Luftflotte auf die Stärke der französischen bringen will. Nicht so einig ist man in der Beurteilung der Wirkung, welche diese Tatsache auf die Gestaltung der britischen auswärtigen Politik ausübt. Die einen behaupten, die französische Überlegenheit in der Luft werde durch Englands Überlegenheit zur See neutralisiert; Frankreich wisse, daß die Zerstörung Londons die sofortige Zerstörung seiner sämtlichen Häfen nach sich ziehe; andere — und ihre Zahl nimmt beständig zu — glauben, daß nur die Tatsache der enormen französischen Luftüberlegenheit die schwächer und demütigende Rolle erklärt, welche England heute spielt, und daß Frankreich ohne sie den Kriegseinfall nie gewagt hätte. Wie dem auch sein mag, so viel ist mir sicher, daß das englische Volk sich auf die Dauer bei dieser französischen Überlegenheit nie beruhigen wird und daß es nicht ruhen wird, bis es ihr ein Ende gemacht hat. So oder so. Wie der Wind wirklich weht, zeigt vielleicht nichts bedeutsamer, als daß die Admiraltät Fishers Strategie umkehrt und Englands Mittelmeerflotte auf Kosten seiner atlantischen verstärkt.

London, Mitte April 1923.

O. G.

Eine Aufgabe für das Rote Kreuz.

Vorbermerkung des Schriftleiters: Die öffentliche Meinung ist in vielen Fällen immer noch das wirksamste Mittel, um einen Druck zur Aufhebung unhaltbarer Zustände auszuüben. Aus diesen Erwägungen glaube ich der in folgendem Schreiben an mich gerichteten Bitte am besten zu entsprechen, wenn ich dieses mitsamt dem beigegebenen Protokoll über einen besonders krassen Fall von sadistischer Misshandlung deutscher Zivilisten seitens französischer Soldaten zur Veröffentlichung bringe, überzeugt, daß das internationale Rote Kreuz in Genf nach Kenntnis dieser Zustände mit sofortigem Eingreifen nicht zögern wird. Herr Alfred Neh, der Verfasser des Schreibens, ein geborener Waadtländer, bekannt durch seine aufopfernde humanitäre Tätigkeit während des Krieges, besonders zugunsten der französischen und deutschen Kriegsgefangenen, ehemals schweizerischer Delegierter des internationalen Roten Kreuzes zur Besichtigung der Gefangenenslager in Deutschland und Frankreich, hat soeben mit einem amerikanischen und schwedischen Vertreter des Roten Kreuzes das Ruhrgebiet bereist. Sein Name bietet alle Gewähr für die sachliche Richtigkeit der erwähnten Zustände. Das Protokoll über den Fall D.... geben wir mit Ausnahme einiger unbeschreibliche Scheuflüchtheiten bezüglicher Stellen im Wortlaut wieder.

Bielefeld, den 14. April 1923.

Sehr geehrter, lieber Herr Doktor!

Der folgende Bericht dürfte Sie vielleicht interessieren. In Essen befindet sich in der Nähe des Bahnhofes, vis-à-vis von dem alten Friedhof, ein großes Gebäude, das sogenannte Kohlenhndikat. Dieses Syndikat ist, wie Ihnen bekannt sein dürfte, vor der Ruhrbesetzung geräumt worden und nach Hamburg verlegt

worden. Die Räume dieses großen Gebäudes waren somit leer und wurden daher von den Franzosen als Hauptquartier bezogen. Die Leute, die aus irgend einem Grund verhaftet werden, werden in den meisten Fällen dorthin geführt, und es müssen sich dort französische Offiziere und Mannschaften befinden, die sadistisch veranlagt sind. Ich lege Ihnen ein Protokoll bei über den Fall D.... Die Leute der Nachbarschaft behaupten, daß sie jede Nacht ein furchtbares Geschrei hören, und dies ließ vermuten, daß weitere Leute mißhandelt werden. In Essen wurde mir durch eine glaubwürdige Quelle mitgeteilt, daß eines Morgens eine Leiche von einem jungen Mann im Hofe gelegen habe. Herr General Degoutte in Düsseldorf, der gegenüber dem Roten Kreuz in Essen stets das größte Entgegenkommen gezeigt hat, und die Erlaubnis zum Besuch sämtlicher Wachtlokale im besetzten Ruhrgebiet erteilt, hat nicht die Befugnis, diese Erlaubnis auf das Kohlensyndikat auszudehnen, weil das Hauptquartier direkt Paris unterstellt ist. Es ist also absolut notwendig, daß das internationale Rote Kreuz in Genf sofort in diese Sache eingreift und eine Überwachung der Arrestlokale im Kohlensyndikat sofort in die Wege leitet. Ich will Ihnen überlassen, welche Schritte Sie in der Sache unternehmen wollen. Vielleicht haben Sie die Güte, die Sache in der Presse bekannt zu geben. Ich lege Ihnen noch einige Photographien bei über Fälle, die Sie vielleicht verwerten können. Man darf nicht glauben, daß die ganze französische Armee aus sadistischen Elementen besteht. Aber ich habe selbst beobachtet, daß in Essen sehr viele Offiziere und Mannschaften zu finden sind, die in den Kolonien gedient haben. Diese Leute sind wahrscheinlich nach Europa mit zerstütteten Nerven zurückgekehrt infolge des Missbrauchs von Kokain, Opium usw. Diese Leute sind, wie Sie wissen, leicht erregt und brutal. Der General Degoutte und die Behörden in Paris ignorieren jedenfalls diese Fälle. Sonst wäre sicher schon Abhilfe geschaffen worden.

Seien Sie herzlichst für heute begrüßt von Ihrem ergebensten

Alfred Neh.

Protokoll.

Herr S..... D..., Geschäftsreisender, Breslau, — — — wohnhaft, sagt folgendes aus:

Freitag, den 2. März 1923, 3 Uhr nachmittags, auf dem Wege vom Rathaus Essen zum Hauptbahnhof Essen wurde ich von französischen Soldaten nach dem Paß gefragt. Ich bejahte die Frage. Zwei deutschsprechende Zivilisten forderten mich darauf auf, mit nach dem Kohlensyndikat zu gehen. Da französische Soldaten in der Nähe waren und ich nichts Arges befürchtete, ging ich mit. Im Kohlensyndikat übergaben mich diese beiden Zivilisten den französischen Soldaten, die mich sofort in das 3. Stockwerk, unter dem Dach brachten. Man führte mich in ein besonderes Zimmer. Hier wurde ich von einem dicken, sehr kräftigen französischen Zivilisten mit den Worten empfangen: „Haben Sie einen Paß?“ Ich bejahte die Frage und kaum hatte ich das Wort ausgesagt, als mich dieser französische Zivilist, der sehr gut deutsch sprach, derart ins Gesicht schlug, daß ich taumelte. Inzwischen waren zwei andere französische Zivilisten hinzu gekommen. Der eine, der als Chef bezeichnet wurde, wurde Jamin von ihnen genannt, der andere war ein kleiner Mensch. Sie nahmen mir meine Zigarettentasche ab, verteilten die Zigaretten unter sich und schlugen auf mich ein, mit geballten Fäusten und mit Linealen. Darauf sahen sie meine Papiere durch und stellten fest, daß ich in Dammer geboren bin. Sie fanden unter meinen Brieffächern ein Empfehlungsschreiben zu Geschäftszwecken, das mir Graf Bräschmar im vorigen April ausgestellt hatte und eine Karte meines früheren Offiziers, bei dem ich Bursche gewesen bin. Auf Grund dieser Schreiben behaupteten die Franzosen, ich sei ein Spion. Der dicke Franzose sagte, er könne Dammer, er sei dabei gewesen, als man aus Dammer die Geschütze heraus holte. Immer wieder schlugen mich die Franzosen und fragten mich nach allem Möglichen, was ich als Spion wissen

sollte, unter anderem auch, wo die Deutschen ihre Geschüsse machten, wo Waffen hergestellt würden usw. Da ich nichts angab und überhaupt nichts angeben konnte, schlugen und mißhandelten sie mich wieder und zwangen mich auch, aus dem Spucknapf zu trinken. Freitag abend 6 Uhr wurde ich an beiden Händen gefesselt und im Zimmer allein gelassen. Die ganze Nacht saß ich gefesselt allein in dem Zimmer ohne Speise und Trank, ebenso den folgenden Samstag bis nachmittags 3 Uhr. Nachmittags 3 Uhr kamen die drei französischen Zivilisten, der Dicke, der Chef Famin und der Kleine. Sie schlugen mich wieder und behaupteten ich sei ein Spion, ich müsse doch bekennen. Dann entkleideten sie mich völlig und durchsuchten meine Kleider. Während ich da saß, schlugen sie fortwährend mit Fäusten und Linealen und mit schweren eichenen Spazierstöcken auf mich ein. Dann befahlen sie mir, mich wieder anzuziehen und damit ich es schneller ausführte, schlugen sie mich mit den Eichenstöcken und ihren Linealen. Einer der Franzosen hielt dann seine brennende Zigarette auf mein Haar. Vor Schmerzen griff ich mit der Hand nach meinem Kopf und nun schlugen sie mit aller Macht mit ihren Linealen mir auf die Finger. Dann stellten sie in die Mitte des Zimmers Stühle auf, über die ich hinweg springen mußte. Während des Springens — ich mußte im Spreizsprunge hinüber — traten mich die Franzosen — — — — —. Danach verließen Famin und der kleine Franzose das Zimmer und ich blieb mit dem Dicken allein, der wieder auf mich einschlug. Der Dicke befahl mir dann den Mund zu öffnen — — — — — drohte mir, wenn ich beißen würde. Dann versuchte er seine beiden Finger in meine Ohren hineinzubohren und da ihm das nicht möglich war, drehte er meine Ohrmuscheln mit solcher Heftigkeit, daß ich glaubte, er habe sie mir abgerissen, da ich kein Gefühl mehr darin hatte. Die beiden anderen Franzosen waren wieder hineingekommen. Der Dicke setzte sich mir auf die Schulter, Famin auf meine beiden Schienbeine und beide forderten mich auf, aufzustehen. Da ich das natürlich nicht konnte, schlugen sie mich wieder. Sie machten Maschinengewehr- und Artilleriefeuer, wie sie es nannten, das Maschinengewehrfeuer mit Linealen, mit denen sie mir auf den Kopf und in das Gesicht schlugen, das Artilleriefeuer in der Weise, daß sie mir mit der geballten Faust Schläge versetzten. Dann drehten sie mir meinen Schal um den Hals und würgten mich, daß ich die Besinnung verlor. Durch einen heftigen Schlag gegen den Kopf wachte ich auf. Der Dicke hatte mich mit dem Kopf gegen die Wand geschlagen. Dann faßte mich der Dicke an den Füßen und schleifte mich im Zimmer herum, wobei er es darauf absah, meinen Kopf gegen die Ranten und Wände zu schlagen. Wenn ich meine Hände zum Schutz um den Kopf legte, schlugen mich die beiden anderen Franzosen mit ihren Linealen auf die Finger. Darauf fragten die Franzosen, mir mein Familienbild, daß ich in meiner Brieftasche hatte, zeigend, ob das meine Frau sei. Sie fragten mich weiter, ob meine Frau schön wäre. Ich sagte, sie sei nierenfrank. Darauf zwangen sie mich, einen Brief zu schreiben etwa der Art: Liebe Gustel! Komme so bald und so schnell als möglich nach Essen, denn ich habe hier eine gute Stellung gefunden. Bleibe hier mehrere Wochen. Erwarte Dich Essen. Bredneßstraße 46. Mit höhnischem Gesicht erklärte mir dann der Dicke, daß er nun bald meine Frau haben und dann vergewaltigen würde. Mich faßte plötzlich die Verzweiflung; die Franzosen hatten bei ihren Mißhandlungen mir zynisch erklärt, es läge schon mancher Deutsche draußen, den niemand mehr finden würde. Die ungeheure Gefahr, die meiner Frau drohte, wurde mir mit einem Schlag klar. Ich wollte sie um jeden Preis retten. Als die Franzosen herausgegangen waren, bat ich den Soldaten, der vor meiner Tür Posten stand, mir ein Stückchen Brot zu holen, da ich Hunger hätte. Der Soldat hatte Mitleid und entfernte sich. Diesen Augenblick benutzte ich, riß das Fenster auf und sprang in die dunkle unbekannte Tiefe. Es war Abend. Ich fiel auf ein Dach, glitt von diesem, da es regnerisch war, ab und hing plötzlich an einer Dachrinne. Ich ließ mich wieder los und fiel in die Tiefe. Auf einem Hofe kam ich an. Ich erblickte einen französischen Soldaten, lief über einen Kohlenhaufen hinweg, kletterte über eine hohe Mauer und kam in einen Raum der nahe gelegenen Brauerei. Eine Frau, die mich für einen Einbrecher hielt und um Hilfe rief, führte mich, nachdem ich sie beruhigt hatte, zu ihrem Mann in die Brauerei, dem ich zuerst alles erzählte.

Ich brach dann bewußtlos zusammen. Als ich wieder zur Besinnung gekommen war, beauftragte der Mann, der ein künstliches Bein hatte, seine Frau, mich zum Parteibureau ins Ruherecho zu bringen. Der Mann war Kommunist. Vom Ruherecho brachte man mich ins Hühnchenstift, wo ich dem Chefarzt Dr. Bernsau die oben geschilderten Vorgänge erzählte. Die Franzosen haben mir meine gesamte Bar-
schaft, Uhr usw. geraubt.

Essen, den 5. März 1923.

Bücher

Erinnerungen aus dem Zarenreich.*

Der im März 1922 in New York tödlich verunglückte russische Botschafter a. D. Baron R. Rosen hat wertvolle Erinnerungen hinterlassen, die zum Teil in der amerikanischen Presse erschienen sind und seit kurzem auch in zwei Bänden vorliegen. Rosen gibt sich darin als überzeugter Russe, aber als hartnäckiger Gegner der Panславisten, denen er das Unglück seines Vaterlandes vorwirft. Von Beginn seiner diplomatischen Laufbahn an, die ihn u. a. nach Serbien, Griechenland, Japan und Nordamerika führte, sprach sich Rosen dafür aus, daß Rußland in Europa gesättigt sei und sein erstes Interesse darin liege, Sibirien und die zentralasiatischen Besitzungen zu entwickeln. Das russische Bündnis mit Frankreich betrachtete er wegen der unentwegten Revanchelust der Franzosen als einen schweren Fehler, der den Krieg zur Folge haben müsse; und insbesondere wandte er sich gegen die übliche Balkanpolitik Rußlands: Österreich-Ungarn habe vermöge seiner Lage das Vorrecht auf die Balkanhalbinsel gehabt. Die Meerengen wünschte Rosen zu internationalisieren. Er stellt mit Bedauern fest, daß schon um die Mitte der 90er Jahre, als die Serben sich eigentlich nur um Mazedonien kümmerten, gewisse russische Kreise die Augen der Serben auf österreichisches Gebiet lenkten. Auch mit Japan führte Rosen den friedlichen Ausgleich, zu dem die Regierung in Tokio wiederholt die Hand bot. Rosens zeitige Warnungen waren umsonst. Das war auch der Fall, als er 1911 aus dem diplomatischen Dienst schied, Mitglied des russischen Reichsrats wurde und wieder und wieder vor dem nahenden Weltkrieg warnte. Wie Graf Witte war Rosen der Überzeugung, daß jeder Krieg von einiger Dauer in Rußland die Revolution entfesseln müßte. Für die Serben das Schwert zu ziehen, schien ihm ganz und gar unberechtigt. Sehr interessant sind die Aufzeichnungen des Verfassers über die Julitage 1914, die er in St. Petersburg verbrachte. Durch einen Freund, der Minister im damaligen Kabinett war, erfuhr Rosen, daß bereits am 29. Juli die allgemeine Mobilmachung verfügt war, in der Nacht jedoch in die Teilmobilisierung abgeändert wurde. Am 30. Juli morgens ließ sich Ministerpräsident Goremjkin vom Zaren das Versprechen geben, daß er die allgemeine Mobilisierung nicht wieder anordnen werde. Außenminister Sasonoff und Generalstabchef Januschkewitsch verstanden es aber, den schwachen Zaren am Nachmittag des 30. Juli wieder umzustimmen. Rosen hebt wiederholt hervor, daß die Mobilisierung den Krieg bedeute. Sasonoff, Januschkewitsch und Kriegsminister Suchomlinoff sind ihm daher Verbrecher. Rosens Aufzeichnungen über die entscheidenden Vorgänge des 29. und 30. Juli 1914 sind eine willkommene Bestätigung der Darstellung des Generals Dobrjanski, damaligen Chefs der Mobilmachungsabteilung (Die Mobilmachung der russischen Armee 1914, Berlin 1922). Beide schöpfen aus ganz anderen Quellen.

Rosen machte im Kriege verschiedene Versuche, einen Verständigungsfrieden herbeizuführen; er ist der Überzeugung, daß ein solcher mit Deutschland ge-

*) Baron Rosen, *Forty Years of Diplomacy*, 2 Bände, 815 und 309 Seiten, 25 Sh. geb., George Allen u. Unwin, London 1922.